

Kosyakova, Yuliya; Olbrich, Lukas

Article

Bleiben oder gehen? Der Aufenthaltsstatus von Zugewanderten prägt Abwanderungsabsichten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kosyakova, Yuliya; Olbrich, Lukas (2025) : Bleiben oder gehen? Der Aufenthaltsstatus von Zugewanderten prägt Abwanderungsabsichten, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Sciendo, Warsaw, Vol. 105, Iss. 9, pp. 632-637, <https://doi.org/10.2478/wd-2025-0163>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/330847>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Yuliya Kosyakova, Lukas Olbrich

Bleiben oder gehen? Der Aufenthaltsstatus von Zugewanderten prägt Abwanderungsabsichten

Deutschland ist auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen – doch viele Eingewanderte denken über eine Ausreise nach. Neue Panel-Daten zeigen: Rund ein Viertel der Zugewanderten äußert Abwanderungsüberlegungen, insbesondere besser integrierte Personen mit guten Deutschkenntnissen, hoher Bildung und Erwerbsbeteiligung. Der rechtliche Aufenthaltsstatus spielt dabei eine zentrale Rolle: Ein unbefristeter Status bietet zwar Sicherheit, erhöht aber auch die Mobilitätsoptionen. Besonders häufig geben EU-Bürger:innen sowie Eingebürgerte Auswanderungsabsichten an. Schutzsuchende hingegen äußern seltener solche Pläne – zugleich nennen gerade sie Bürokratie als zentrales Abwanderungsmotiv. Die Ergebnisse zeigen: Deutschland muss sich nicht nur als Einwanderungs-, sondern auch als Bleibeland positionieren – durch weniger Bürokratie, bessere Anerkennungsverfahren, gezielte Integrationsangebote und ein offenes gesellschaftliches Klima.

Um das Arbeitskräftepotenzial angesichts des demografischen Wandels langfristig zu sichern, ist Deutschland laut aktuellen Schätzungen auf eine jährliche Nettozuwanderung (Differenz zwischen Zu- und Fortzügen) von etwa 400.000 Personen angewiesen (Fuchs et al., 2021). Eine dauerhafte Sicherung dieses Potenzials erfordert jedoch nicht nur zusätzliche Zuwanderung, sondern auch, dass bereits Zugewanderte Deutschland nicht vorzeitig wieder verlassen – etwa aufgrund unattraktiver Rahmenbedingungen oder struktureller Hürden.

Politische Maßnahmen der vergangenen Jahre konzentrieren sich fast ausschließlich auf die Anwerbung neuer Fachkräfte, etwa durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (Adunts et al., 2024; Fendel & Ivanov, 2024). Die Frage, wie der Verbleib der Zugewanderten gesichert werden kann, bleibt hingegen weitgehend unbeachtet. Dabei ist gerade bei aufwändigen und kostenintensiven Anwerbeverfahren – etwa im Ausland – entscheidend, ob sich eine langfristige Bindung herstellen lässt. Wird das Risiko vorzeitiger Abwanderung nicht mitgedacht, drohen erhebliche wirtschaftliche und integrationspolitische Fehlallokationen.

Aktuelle Befunde aus dem International Mobility Panel of Migrants in Germany (IMPa) zeigen, dass weniger als

zwei Drittel der im Ausland geborenen Erwachsenen Ende 2024 bis Anfang 2025 einen dauerhaften Verbleib in Deutschland anstreben (Kosyakova et al., 2025). Rund 1,2 Mio. Menschen (12 %) beabsichtigen nur einen vorübergehenden Aufenthalt. Weitere 2,6 Mio. Personen (26 %) haben im vergangenen Jahr über eine Ausreise nachgedacht, und etwa 300.000 Personen (3 %) hegen bereits konkrete Abwanderungspläne. Ein zentrales Ergebnis der IMPa-Befragung ist dabei besonders alarmierend: Überdurchschnittlich häufig äußern gerade diejenigen Abwanderungsabsichten, die zum Arbeiten oder Studieren nach Deutschland gekommen sind, die besser gebildet, wirt-

Prof. Dr. Yuliya Kosyakova ist Leiterin des Forschungsbereichs Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und Professorin für Migrationsforschung an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Dr. Lukas Olbrich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in dem Forschungsbereich Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung und dem Forschungsbereich Kompetenzzentrum Empirische Methoden am IAB.

© Der/die Autor:in 2025. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

schaftlich erfolgreicher und sprachlich integrierter sind – genau die umworbenen Fachkräfte mit Integrationserfolg. Diese selektive Abwanderung stellt eine zentrale Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland dar.

Auch im internationalen Vergleich wird deutlich, dass Abwanderung ein strukturelles Phänomen der deutschen Migrationsdynamik darstellt. Deutschland gehört zu den europäischen OECD-Ländern mit den höchsten Rückwanderungsquoten unter Zugewanderten. Schätzungen auf Basis der OECD International Migration Database und des Labour Force Survey zeigen, dass zwischen 2010 und 2019 rund 67 % der Zugezogenen Deutschland innerhalb von fünf Jahren wieder verließen – ein Wert, der innerhalb Europas nur von den Niederlanden (75 %) übertroffen wurde. In Frankreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich lagen die entsprechenden Quoten dagegen deutlich niedriger – zwischen 27 % und 31 % (OECD, 2024).

Die Gründe für eine Abwanderung aus Deutschland sind vielfältig (Kosyakova et al., 2025; Boockmann et al., 2022; Loschert et al., 2025): Dazu zählen berufliche Motive (z. B. höhere Löhne oder bessere Karrierechancen im Ausland), fehlende soziale Integration (etwa infolge von Sprachbarrieren oder Diskriminierung), familiäre Bindungen im Herkunftsland, politische Veränderungen dort (z. B. für Geflüchtete) sowie strukturelle und institutionelle Hürden im Aufnahmeland – etwa Bürokratie, aufwendige Verfahren oder Unsicherheit beim Aufenthaltsstatus. Das Zusammenspiel dieser Faktoren prägt die Abwanderungsabsichten von Zugewanderten – viele davon entziehen sich direkter politischer Steuerung, etwa wenn der Aufenthalt von vornherein als zeitlich befristet geplant war. Gleichwohl gibt es Ansatzpunkte, um die Bleibewahrscheinlichkeit zu erhöhen – insbesondere durch die Gestaltung institutioneller Rahmenbedingungen.

In diesem Beitrag richten wir den Fokus auf einen dieser gestaltbaren Faktoren: den Aufenthaltsstatus – und analysieren, inwieweit er mit Abwanderungsüberlegungen und -plänen zusammenhängt.

Mögliche Zusammenhänge mit dem Aufenthaltsstatus

Der Aufenthaltsstatus beeinflusst die rechtliche Sicherheit und Mobilitätsoptionen von Zugewanderten – beides zentrale Determinanten von Migrationsentscheidungen (Dustmann & Görlach, 2016). Dabei spielt insbesondere die zeitliche Befristung eine zentrale Rolle, deren Wirkung jedoch ambivalent sein kann. Ein unbefristeter Aufenthaltsstatus – etwa durch Einbürgerung, EU-Staatsbürgerschaft oder Niederlassungserlaubnis – bie-

tet langfristige Planungssicherheit. Dadurch steigen die Anreize, in Deutschland-spezifisches Humankapital wie Sprachkenntnisse oder berufliche Netzwerke zu investieren (Gathmann & Garbers, 2023). Dies stärkt die Bindung an Deutschland und könnte Abwanderungsabsichten verringern. Gleichzeitig eröffnen solche Statusformen auch größere Mobilitätsfreiheiten. Personen mit deutscher oder EU-Staatsbürgerschaft verfügen unabhängig vom Erwerbszeitpunkt über deutlich erweiterte Optionen zur Ausreise, was entsprechende Überlegungen überhaupt erst ermöglicht (Constant & Zimmermann, 2011).

Für Personen mit befristetem Aufenthaltsstatus wirken potenziell gegenläufige Mechanismen. Einerseits zwingt die Ungewissheit zur Auseinandersetzung mit der Perspektive eines Wegzugs – insbesondere bei auslaufender Aufenthaltserlaubnis. Andererseits kann die rechtliche oder tatsächliche Alternativlosigkeit – etwa bei Geflüchteten – entsprechende Überlegungen auch von vornherein ausschließen (Alrababah et al., 2023).

Die IMPa-Befragung

Ob und in welcher Weise der Aufenthaltsstatus mit Abwanderungsabsichten zusammenhängt, lässt sich erst durch eine empirische Analyse beantworten. Hierfür greifen wir auf Daten des neuen IMPa zurück – einer groß angelegten Online-Längsschnittbefragung, die zwischen Dezember 2024 und April 2025 durchgeführt wurde (Kosyakova et al., 2025).

Die erste Welle umfasst über 41.000 im Ausland geborene Personen im Alter von 18 bis 65 Jahren, die seit spätestens 2022 in Deutschland leben. Die Befragung bildet verschiedene Zuwanderungsgruppen, Herkunftsregionen und rechtliche Aufenthaltsformen differenziert ab. Sie ermöglicht erstmals eine systematische Untersuchung von Abwanderungsüberlegungen und konkreten Auswanderungsplänen im Zusammenhang mit dem Aufenthaltsstatus, soziodemografischen Merkmalen und Migrationsmotiven.

Im Folgenden beleuchten wir zunächst die Verteilung der Eingewanderten in Deutschland (bzw. Personen, die nicht in Deutschland geboren wurden) nach ihrem rechtlichen Aufenthaltsstatus, bevor wir deskriptive und multivariate Zusammenhänge zu Abwanderungsabsichten darstellen. Die in Tabelle 1 dargestellte Verteilung zeigt die große Heterogenität der rechtlichen Aufenthaltsformen unter den Eingewanderten im erwerbsfähigen Alter. Etwa 31 % verfügen über die deutsche Staatsbürgerschaft, rund 24 % sind EU-Bürger:innen. Weitere 17 % besitzen eine Niederlassungserlaubnis. Etwa ein Fünftel der Befragten lebt hingegen mit einem befristeten Aufenthaltsstatus in

Tabelle 1

Aktueller Aufenthaltsstatus

Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter (18 bis 65), in %

Aktueller Aufenthaltsstatus	Anteil an der Population
Deutsche Staatsbürgerschaft	30,6
EU-Bürger	24,4
Niederlassungserlaubnis	17,3
Befristete Aufenthaltsgenehmigung	11,2
Visum	1,9
Anerkannter Schutzstatus	2,9
Duldung/Aufenthaltsgestattung	3,4
Ukraine-Aufenthaltserlaubnis	4,5
Sonstige	3,8

Quelle: International Mobility Panel of Migrants in Germany (IMPa, Kosyakova et al., 2025), Welle 1; Beobachtungen: 41.571, gewichtet.

Deutschland – darunter fallen befristete Aufenthaltserlaubnisse, Visa, humanitärer Schutz oder Duldung. Knapp 5 % verfügen über eine spezielle Aufenthaltserlaubnis für Geflüchtete aus der Ukraine.

Diese Statusgruppen unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer rechtlichen Sicherheit, sondern auch bezüglich ihrer sozialen Einbindung, Mobilitätsrechte und Perspektiven auf Rückkehr oder Weiterwanderung – Faktoren, die für Abwanderungsüberlegungen eine zentrale Rolle spielen (Bekaert et al., 2024; Constant & Massey, 2003; Dustmann & Görlach, 2016; Dustmann & Weiss, 2007; Kosyakova et al., 2025).

Aufenthaltsstatus und Abwanderungsabsichten

Ein erster deskriptiver Blick auf die Daten zeigt deutliche Unterschiede in den Abwanderungsabsichten je nach Aufenthaltsstatus (siehe Tabelle 2). Besonders häufig äußern Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft (29,7 %) und EU-Staatsangehörigkeit (31,3 %) entsprechende Überlegungen. Dass Eingebürgerte zu den Gruppen mit der höchsten Rate an Abwanderungsgedanken zählen, erscheint auf den ersten Blick überraschend – schließlich geht die Einbürgerung häufig mit einer langfristigen Bleibeperspektive einher (Kosyakova et al., 2025). Allerdings eröffnet ein sicherer rechtlicher Status auch größere Mobilitätsfreiheiten, was entsprechende Überlegungen wahrscheinlicher macht. Für EU-Bürger:innen gilt Ähnliches: Ihre weitreichenden Freizügigkeitsrechte innerhalb Europas erleichtern eine potenzielle Weiterwanderung.

Ebenfalls relativ hohe Werte zeigen sich bei Personen mit befristeter Aufenthaltsgenehmigung (22,8 %) oder Visum

Tabelle 2

Abwanderungsüberlegungen und konkrete -pläne nach aktuellem Aufenthaltsstatus

Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter (18 bis 65), in %

Aktueller Aufenthaltsstatus	Auswanderungsüberlegungen	Auswanderungspläne
Deutsche Staatsbürgerschaft	29,7	2,3
EU-Bürger	31,3	5,4
Niederlassungserlaubnis	23,3	1,8
Befristete Aufenthaltsgenehmigung	22,8	3,0
Visum	27,4	4,3
Anerkannter Schutzstatus	11,0	2,3
Duldung/Aufenthaltsgestattung	11,7	1,8
Ukraine-Aufenthaltserlaubnis	11,7	2,6
Sonstige	18,0	2,6

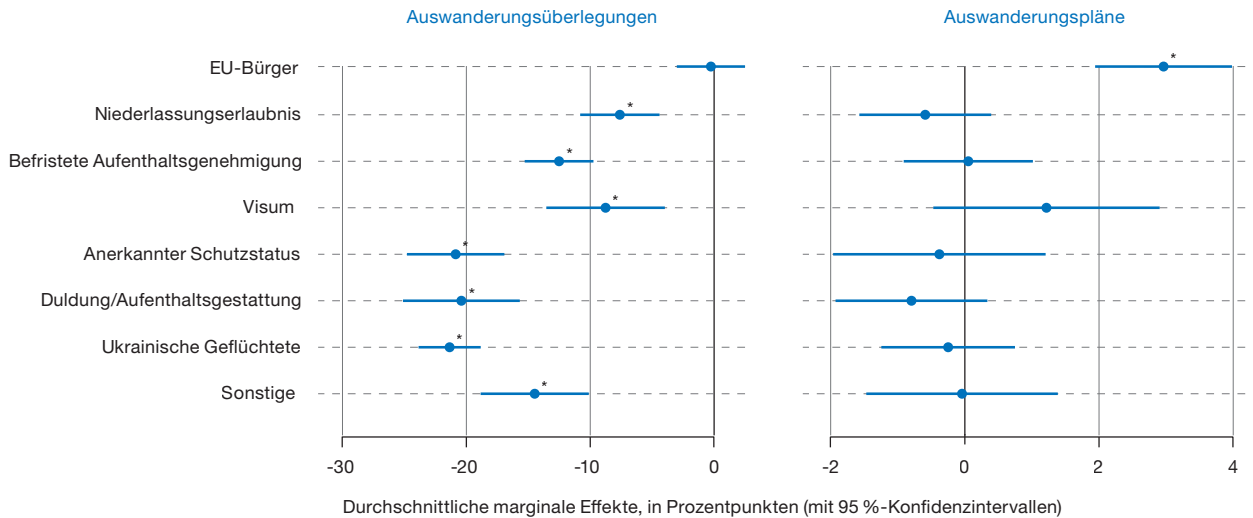
Quelle: International Mobility Panel of Migrants in Germany (IMPa, Kosyakova et al., 2025), Welle 1, Beobachtungen: 41.571, gewichtet.

(27,4 %), was im Kontext der begrenzten Aufenthaltsdauer plausibel ist. Personen mit Niederlassungserlaubnis äußern seltener entsprechende Gedanken (23,3 %), was auf die größere rechtliche Sicherheit bei gleichzeitig begrenzten Mobilitätsoptionen zurückzuführen sein könnte. Deutlich geringer fällt der Anteil unter Geflüchteten und Schutzsuchenden aus: Nur rund 11 % der Personen mit anerkanntem Schutzstatus, Duldung oder Aufenthaltserlaubnis nach §24 AufenthG (Ukraine) berichten von Abwanderungsüberlegungen.

Diese Muster zeigen sich in abgeschwächter Form auch bei den konkreten Auswanderungsplänen. Während 5,4 % der EU-Bürger:innen eine Ausreise planen, liegt der entsprechende Anteil unter Personen mit Visum bei 4,3 % und bei Personen mit befristeter Aufenthaltserlaubnis bei 3,0 %. Eingebürgerte Personen (2,3 %) und Schutzsuchende (1,8 % bis 2,6 %) zeigen demgegenüber deutlich niedrigere Werte.

Bei der Interpretation der Befunde ist zu berücksichtigen, dass sich die Gruppen nach Aufenthaltsstatus auch in ihrer soziodemografischen Zusammensetzung unterscheiden. So verfügen Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft oder unbefristetem Aufenthaltsstatus meist über eine längere Aufenthaltsdauer in Deutschland. Gleichzeitig zeigen frühere Studien, dass die Abwanderungsabsichten mit zunehmender Aufenthaltsdauer eher zurückgehen (Bekaert et al., 2024). Zudem bestehen systematische Unterschiede im Bildungsniveau zwischen den Gruppen: Personen mit anerkanntem Schutzstatus

Abbildung 1

Zusammenhang zwischen Aufenthaltsstatus und Auswanderungsüberlegungen und -plänen

Hinweis: Die Abbildung zeigt durchschnittliche marginale Effekte im Vergleich zur Referenzkategorie der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die auf Basis einer logistischen Regression mit den Kontrollvariablen Alter, Geschlecht, Bildung und Bundesland berechnet wurden. Auf dem 5-Prozent-Niveau statistisch signifikante Effekte wurden mit einem * versehen. Lesebeispiel: EU-Bürger weisen im Vergleich zu den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit – alle anderen Faktoren gleichbelassend – die gleiche Wahrscheinlichkeit auf, Auswanderungsüberlegungen zu haben und eine um 3 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, Auswanderungspläne zu haben.

Quelle: International Mobility Panel of Migrants in Germany (IMPa, Kosyakova et al., 2025), Welle 1, Beobachtungen: 41.506, gewichtet.

weisen im Durchschnitt ein niedrigeres Bildungsniveau auf als jene, die im Rahmen von Erwerbsmigration nach Deutschland kommen (Spörlein et al., 2020). Da ein höheres Bildungsniveau typischerweise mit größerer internationaler Mobilität einhergeht (Bekaert et al., 2024; Dustmann & Weiss, 2007), könnte auch dieser Zusammenhang zur Erklärung der beobachteten Unterschiede beitragen.

Regressionsmodelle zu Abwanderungsabsichten

Um den Einfluss des Aufenthaltsstatus von demografischen Merkmalen zu trennen, analysieren wir im nächsten Schritt Unterschiede in den Abwanderungsabsichten auf Basis logistischer Regressionsmodelle unter Kontrolle von Alter, Geschlecht, Bildung und Bundesland. Abbildung 1 zeigt die durchschnittlichen marginalen Effekte im Vergleich zur Referenzkategorie der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Die multivariaten Ergebnisse bestätigen: EU-Bürger:innen äußern ähnlich häufig wie Eingebürgerte Abwanderungsüberlegungen. Personen mit anderen Aufenthaltsstatus berichten signifikant seltener von entsprechenden Gedanken – besonders niedrig sind die Werte bei Personen mit Schutzstatus, Duldung oder Aufenthalt nach §24 Auf-

enthG. Auch bei konkreten Auswanderungsplänen zeigen nur EU-Bürger:innen signifikant erhöhte Werte. Für Eingebürgerte gilt weiterhin: Häufige Auswanderungsüberlegungen schlagen sich bislang nicht in konkreten Auswanderungsplänen nieder.

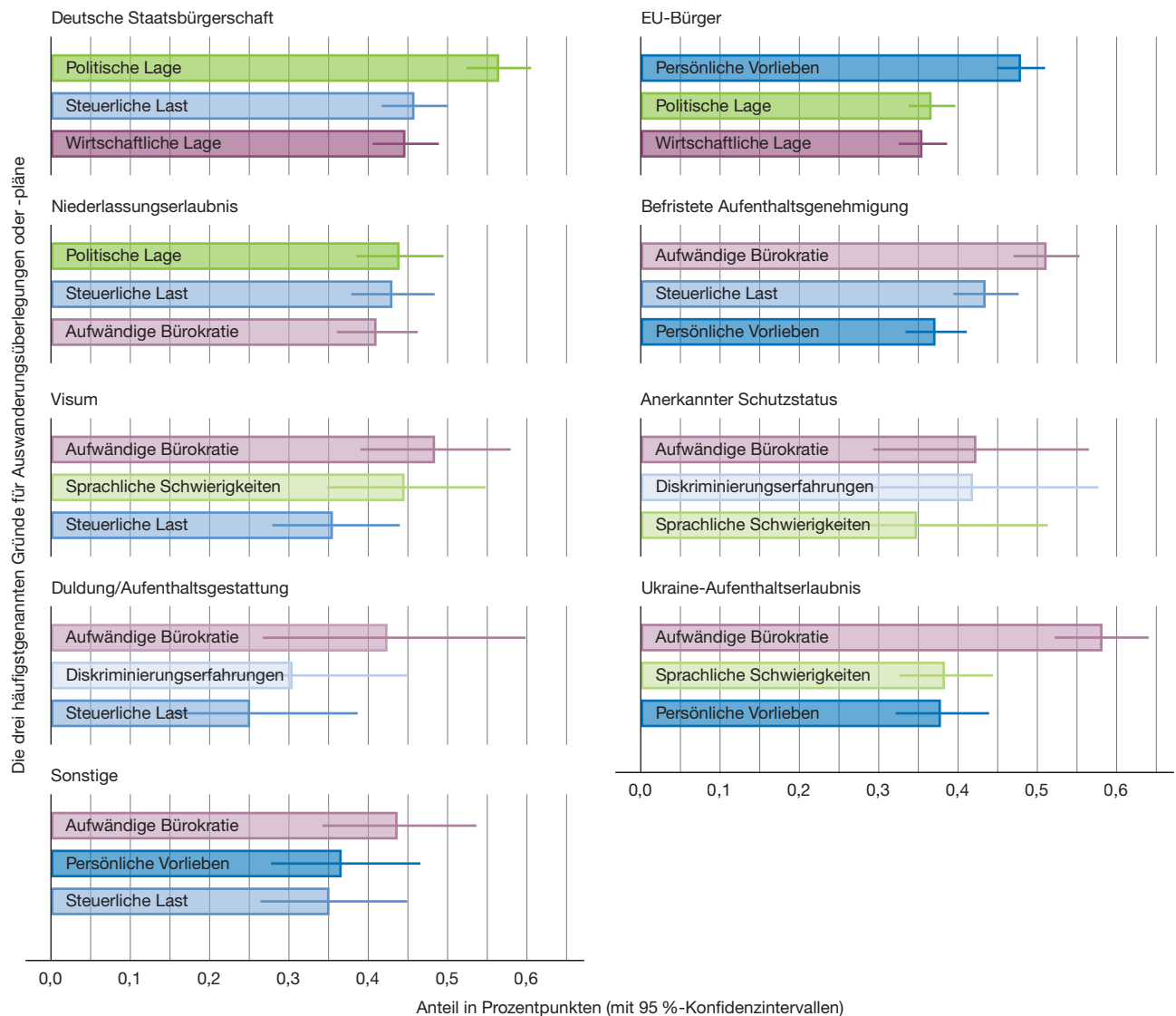
Insgesamt zeigt sich, dass sowohl unter Personen mit befristetem als auch unter solchen mit unbefristetem Aufenthaltsstatus ein ausgeprägtes Auswanderungspotenzial besteht. Nur Geflüchtete und Schutzsuchende äußern deutlich geringere Abwanderungsabsichten – was auch mit den Bedingungen im Herkunftsland zusammenhängen dürfte (Alrababah et al., 2023). Rechtliche Sicherheit allein scheint also keine Garantie für dauerhafte Bleibeabsichten zu sein.

Motive hinter Auswanderungsüberlegungen und -plänen

Um die Motive hinter den Abwanderungsabsichten besser zu verstehen, betrachten wir im letzten Schritt die von den Befragten angegebenen Gründe für ihre Auswanderungsüberlegungen und -Pläne. Die drei häufigsten Nennungen nach Aufenthaltsstatus sind in Abbildung 2 dargestellt. Für Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft steht die politische Lage in Deutschland klar im Vordergrund,

Abbildung 2

Häufigsten Gründe für Abwanderungsabsichten und -pläne nach Aufenthaltsstatus



Quelle: International Mobility Panel of Migrants in Germany (IMPa, Kosyakova et al., 2025), Welle 1, Beobachtungen: 12.834, gewichtet.

gefolgt von steuerlicher Belastung und wirtschaftlicher Lage. Auch bei Personen mit Niederlassungserlaubnis sind die politischen Rahmenbedingungen sowie Steuerlast und Bürokratie zentrale Beweggründe. Für EU-Bürger dominieren dagegen persönliche Motive, ergänzt durch politische und wirtschaftliche Gründe.

Deutlich anders fällt das Bild bei Personen mit befristetem Aufenthaltsstatus aus: Über alle Gruppen hinweg ist

die aufwändige Bürokratie der am häufigsten genannte Grund für Abwanderungsüberlegungen und -pläne. Weitere häufig genannte Faktoren sind sprachliche Barrieren, Diskriminierungserfahrungen, steuerliche Belastung sowie persönliche Präferenzen. Politische Gründe spielen in dieser Gruppe hingegen kaum eine Rolle – vermutlich, weil der Kontakt mit Behörden und institutionellen Hürden für Personen mit unsicherem Status eine wesentlich größere Rolle im Alltag einnimmt.

Fazit

Die Ergebnisse der IMPa-Befragung machen deutlich, dass Abwanderung ein relevanter Teil der Migrationsdynamik in Deutschland ist – und kein Randphänomen. Besonders alarmierend ist, dass gerade diejenigen, die aufgrund ihrer Qualifikationen, Erwerbsintegration und Sprachkenntnisse zentrale Beiträge zur Fachkräftesicherung leisten könnten, überdurchschnittlich häufig Abwanderungsüberlegungen oder konkrete Auswanderungspläne äußern. Ein unbefristeter Aufenthaltsstatus – sei es durch Einbürgerung, EU-Staatsangehörigkeit oder Niederlassungserlaubnis – bietet zwar rechtliche Sicherheit, verhindert aber nicht automatisch die Ausreise. Vielmehr zeigt sich, dass das Abwanderungspotenzial unter Personen mit sicherem Status hoch ist, auch wenn es sich bislang selten in konkreten Plänen niederschlägt. Bei einer Verschlechterung der politischen oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen könnte sich dieses Potenzial jedoch rasch realisieren – mit spürbaren Folgen für den Arbeitsmarkt und die Fachkräftesicherung.

Zugleich wird deutlich, dass Schutzsuchende deutlich seltener Abwanderungsabsichten äußern – was angesichts rechtlicher Einschränkungen und der Situation im Herkunftsland plausibel ist. Umso problematischer ist es, wenn gerade diese Gruppe durch aufwändige und oft überfordernde bürokratische Prozesse belastet wird. Statt sich auf Integration und Teilhabe konzentrieren zu können, müssen sie erhebliche Ressourcen für die Bewältigung administrativer Anforderungen aufwenden – ein strukturelles Integrationshemmnis mit weitreichenden Folgen.

Die Ergebnisse legen nahe: Es braucht migrationspolitische Strategien, die über Zuwanderung hinausgehen. Deutschland muss sich stärker als attraktives Bleibeland positionieren. Dazu gehören der Abbau bürokratischer Hürden, verlässliche und verständliche Verfahren, gezielte Integrationsangebote sowie eine gesellschaftliche Atmosphäre, in der Zugewanderte sich willkommen und anerkannt fühlen. Nur so kann langfristige Bindung gelingen – und damit auch die demografische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands gesichert werden.

Literatur

- Adunts, D., Ivanov, B. & Vallizadeh, E. (2024). Migrationswirkungen des 2020 in Kraft getretenen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes. *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)*.
- Alrababah, A., Masterson, D., Casalis, M., Hangartner, D. & Weinstein, J. (2023). The dynamics of refugee return: Syrian refugees and their migration intentions. *British Journal of Political Science*, 53(4), 1108–1131.
- Bekaert, E., Constant, A. F., Foubert, K. & Ruysen, I. (2024). Longing for which home: A global analysis of the determinants of aspirations to stay, return or migrate onwards. *Journal of Economic Behavior and Organization*, 219, 564–587.
- Boockmann, B., Kalweit, R., Kleinemeier, R., Knirsch, F., Maier, A., Murawski, W., Puhe, H. & Scheu, T. (2022). *Vorstudie zur Abwanderung von ausländischen Fachkräften im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit*. Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. (IAW).
- Constant, A. & Massey, D. S. (2002). Self-selection, earnings, and out-migration: A longitudinal study of immigrants to Germany. *Journal of Population Economics*, 16(4), 631–653.
- Constant, A. F. & Zimmermann, K. F. (2011). Circular and repeat migration: Counts of exits and years away from the host country. *Population Research and Policy Review*, 30, 495–515.
- Dustmann, C. & Görlach, J. S. (2016). The economics of temporary migrations. *Journal of Economic Literature*, 54(1), 98–136.
- Dustmann, C. & Weiss, Y. (2007). Return migration: Theory and empirical evidence from the UK. *British Journal of Industrial Relations*, 45(2), 236–256.
- Fendel, T. & Ivanov, B. (2024). *Fachkräfteeinwanderungsgesetz: Gute Arbeitsmarktintegration trotz bürokratischer Hürden und Diskriminierung*. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).
- Fuchs, J., Söhnlein, D. & Weber, B. (2021). *Projektion des Erwerbspersonenpotenzials bis 2060: Demografische Entwicklung lässt das Arbeitskräfteangebot stark schrumpfen*. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).
- Gathmann, C. & Garbers, J. (2023). Citizenship and integration. *Labour Economics*, 82, 102343.
- Kosyakova, Y., Olbrich, L., Gallegos-Torres, K., Hammer, L., Koch, T. & Wagner, S. (2025). *Deutschland als Zwischenstation? Rückkehr- und Weiterwanderungsabsichten von Eingewanderten im Lichte neuer Daten des International Mobility Panel of Migrants in Germany (IMPa)*. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).
- Kosyakova, Y., van Tubergen, F. & Kanas, A. (2025). Determinants of refugees' identification with country of origin and host country and their naturalization intentions: Evidence from Germany. *Journal of Immigrant & Refugee Studies*, 1–19.
- Loschert, F., Leisenheimer, M. & Komitowski, D. (2025). *Willkommen zurück? Abwanderungsgründe und Rückwanderungspotenziale von aus Deutschland abgewanderten EU- und Drittstaatsangehörigen*. Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
- OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development. (2024). *Return, reintegration and re-migration: Understanding return dynamics and the role of family and community*. OECD Publishing.
- Spörlein, C., Kristen, C., Schmidt, R. & Welker, J. (2020). Selectivity profiles of recently arrived refugees and labour migrants in Germany. *Soziale Welt*, 71(1–2), 54–89.

Title: Stay or go? The residence status of immigrants influences their intentions to emigrate

Abstract: Germany is dependent on skilled immigration – but many immigrants consider leaving the country. New panel data shows that around a quarter of immigrants are considering leaving, especially those who are better integrated, have good German language skills, a high level of education and are employed. Legal residence status plays a key role: although permanent status offers security, it also increases mobility options. EU citizens and naturalised citizens are particularly likely to express intentions to emigrate. Those seeking protection, on the other hand, are less likely to express such plans – yet they are the ones who cite bureaucracy as a key motive for leaving. The results show that Germany must position itself not only as a country of immigration, but also as a country of residence – through less bureaucracy, better recognition procedures, targeted integration services and an open social climate.